

Kleine Anfrage

des Abg. Emil Sänze AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales, Arbeit und Gesundheit

**Verwendung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 09
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, Ka-
pitel 0918 „Jugendhilfe“ – Titelgruppe 79 „Kostenerstattung
bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise“**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Betreffend Kapitel 0918 des Staatshaushaltsplans (StHP), Titel 547 79 „Sonstige sächliche Ausgaben“, der im Jahr 2022 mit 302,5 Tausend Euro und in den Jahren 2025 und 2026 mit 1 404,9 Tausend Euro respektive 1 354,0 Tausend Euro veranschlagt ist – um wie viele unbegleitete ausländische minderjährige Kinder und Jugendliche (UMA) handelt(e) es sich, die seit dem 1. Januar 2015 bis heute je Jahr aus diesem Titel (oder gegebenenfalls sachlich verwandten Titeln) nach (siehe Erläuterung, Zitat:) „§19a Abs. 1 (Landesverteilungsstelle für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche) i. V. m. § 19a Abs. 5 Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) und der den Trägern zu erstattende Personal- und Sachaufwand für die Durchführung der zentralen Altersfeststellung“ betreut wurden (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Nationalität; c) Geschlecht; d) amtlich durch welche für die „Durchführung der zentralen Altersfeststellung“ zuständige Stelle festgestelltes Alter [in Alterskohorten von jeweils fünf Jahren])?
2. Betreffend Kapitel 0918, Titel 547 79 sowie beziehungsweise auf Frage 1 – wie viele (ehemalige) UMA welcher Nationalitäten, die inzwischen der Minderjährigkeit entwachsen sind, waren am 31. Dezember 2025 in Baden-Württemberg a) unter welcher Art Aufenthaltstitel noch ansässig, respektive b) haben bis dato die deutsche Staatsangehörigkeit erworben?
3. Welche Rolle hat seit dem 1. Januar 2015 bis heute im Rahmen des „UMA-Geschehens“ der Familiennachzug gespielt (mit der Bitte um tabellarische Darstellung zum Charakter eines möglichen, durch Anwesenheit von UMA oder volljährig gewordenen ehemaligen UMA ausgelösten „Nachzugs-Geschehens“ hinsichtlich: a) Kalenderjahr; b) Nationalität; c) Art des „nachziehenden Familienteils“ [Eltern, Geschwister, Kinder, Ehepartner, Bräutigam/Braut, gegebenenfalls andere])?

4. Betreffend Kapitel 0918, Titel 547 79 sowie beziehend auf Frage 1 – welche Einrichtungen der Jugendhilfe (Wohlfahrtsträger, Heime, psychologische/psychosoziale Dienstleistungen, gegebenenfalls andere) haben seit dem 1. Januar 2015 bis heute durch Vermittlung des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) oder gegebenenfalls anderer zuständiger (Verteilungs-/Zuweisungs-)Stellen sich erfolgreich um die Betreuung von UMA beworben/UMA zur Betreuung zugewiesen bekommen (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Landkreis/Stadtkreis; c) Name der Einrichtung; d) Anzahl der jährlich in der erfragten Einrichtung betreuten UMA-Personen)?
5. Bezugnehmend auf Kapitel 918, Titel 547 79 respektive 633 79 „Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“ – wie haben sich seit dem 1. Januar 2015 bis heute die jährlichen Vollkosten für die Betreuung von UMA-Personen in den einzelnen Land-/Stadtkreisen entwickelt (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Stadtkreis/Landkreis; c) Anzahl der jeweils im Stadtkreis/Landkreis betreuten UMA-Personen je Jahr; d) jährliche Gesamtkosten je Land-/Stadtkreis; e) durchschnittliche Betreuungs-Vollkosten je UMA/Jahr in den jeweiligen Stadtkreisen/Landkreisen; f) letztendlicher Kostenträger der Betreuungsmaßnahmen [bei möglicherweise geteilter Trägerschaft, zu welchen Anteilen])?
6. Bezugnehmend auf Kapitel 918, Titelgruppe 79 – wie haben sich seit dem 1. Januar 2015 bis heute die jährlichen Gesamtkosten von Titelgruppe 79 (Kapitel 918) aus welchen Gründen entwickelt?
7. Bezugnehmend auf Frage 6 – wie erklären sich im Einzelnen die von 46 150,2 Tausend Euro (2022) auf 355 282,3 Tausend Euro (2025) sowie 354 057,3 Tausend Euro (2026) gestiegenen Gesamtkosten im Titel 633 79, respektive wie erklären sich die von 134 660,9 Tausend Euro (2024) auf 356 686,3 Tausend Euro (2025) sowie 355 411,3 Tausend Euro (2026) gestiegenen Gesamtkosten der Titelgruppe 79, in welcher Titel 633 79 den wichtigsten Ausgabenposten bildet?

15.7.2026

Sänze AfD

Begründung

Das Sozialministerium ist oberste Landesjugendbehörde im Sinne des § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Kapitel 918 Titelgruppe 79 des StHP betrifft im Wesentlichen die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA); ihr finanzielles Volumen hat sich allein gegenüber dem Jahr 2024 auf aktuell mehr als das Zweieinhalbfache erhöht. Es interessieren die Entwicklung des „UMA-Geschehens“, die Einkünfte der damit verbundenen Betreuungseinrichtungen sowie die unterliegenden Gründe für augenfällige Kostensteigerungen in der Titelgruppe.

Antwort

Mit Schreiben vom 14. September 2026 Nr. SM22-0141.5-108/5/7 beantwortet das Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Betreffend Kapitel 0918 des Staatshaushaltsplans (StHP), Titel 547 79 „Sons-tige sächliche Ausgaben“, der im Jahr 2022 mit 302,5 Tausend Euro und in den Jahren 2025 und 2026 mit 1 404,9 Tausend Euro respektive 1 354,0 Tausend Euro veranschlagt ist – um wie viele unbegleitete ausländische minderjährige Kinder und Jugendliche (UMA) handelt(e) es sich, die seit dem 1. Januar 2015 bis heute je Jahr aus diesem Titel (oder gegebenenfalls sachlich verwandten Titeln) nach (siehe Erläuterung, Zitat:) „§19a Abs. 1 (Landesverteilungsstelle für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche) i. V. m. § 19a Abs. 5 Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG) und der den Trägern zu erstattende Personal- und Sachaufwand für die Durchführung der zentralen Altersfeststellung“ betreut wurden (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Nationalität; c) Geschlecht; d) amtlich durch welche für die „Durchführung der zentralen Altersfeststellung“ zustän-dige Stelle festgestelltes Alter [in Alterskohorten von jeweils fünf Jahren])?

Für die Altersfeststellung nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – (SGB VIII) sind grundsätzlich die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII zu-ständig.

Bestehen im behördlichen Altersfeststellungsverfahren gemäß § 42f SGB VIII fortbestehende Zweifel an der Minderjährigkeit einer Person, die angibt, unbe-gleitete minderjährige Ausländerin oder unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA) zu sein, ist das zuständige Jugendamt verpflichtet, eine medizinische Al-tersfeststellung zu veranlassen (§ 42f Absatz 2 Satz 1 SGB VIII).

In Baden-Württemberg wurde im Jahr 2019 am Standort Heidelberg ein zentra-les Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung in sogenannten Zweifelsfällen (§ 42f Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) für die örtlichen Träger der öffentlichen Jugend-hilfe eingeführt. Entsprechende Fallzahlen können daher erst ab dem Jahr 2019 ausgewiesen werden.

In den Jahren 2023 und 2024 wurden mit Freiburg und Stuttgart weitere Stand-orte für die Durchführung medizinischer Altersfeststellungen eingerichtet. Damit wurde das ursprünglich zentrale Verfahren schrittweise dezentralisiert.

Im Zeitraum von 2019 bis zum 31. August 2026 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 641 medizinische Altersfeststellungsverfahren veranlasst.

Eine Aufschlüsselung der Verfahren nach Kalenderjahr, Herkunftsland, Ge-schlecht und Alter ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle (Tabelle 1). Die Einteilung der Altersgruppen orientiert sich an den Begriffsbestimmungen des § 7 SGB VIII. Unterschieden werden Kinder (0 bis 13 Jahre), Jugendliche (14 bis 17 Jahre), junge Volljährige (18 bis 20 Jahre; unter Hinweis auf § 41 SGB VIII) sowie junge Menschen ab 21 Jahren. Die Erfassung der Altersgruppen erfolgte erst nach der Verstetigung des Verfahrens im Jahr 2020. Für die Pilotphase im Jahr 2019 wurden ausschließlich die jugendhilferechtlich relevanten Ergebnisse dokumentiert.

Darüber hinaus erfolgt in Spalte 6 eine Differenzierung entlang der für Altersfest-stellungsverfahren nach § 42f SGB VIII maßgeblichen Grenze zwischen Minder-jährigkeit (unter 18 Jahren) und Volljährigkeit.

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
2019	30	Afghanistan (3)	männlich (30) weiblich (0)	keine Aufschlüsselung entlang von Alterskohorten möglich	minderjährig (19) volljährig (11)
		Algerien (2)			
		Côte d'Ivoire (2)			
		Eritrea (1)			
		Gambia (2)			
		Guinea (6)			
		Indien (1)			
		Irak (1)			
		Kamerun (1)			
		Libyen (1)			
		Mali (3)			
		Marokko (3)			
		Pakistan (2)			
		Senegal (1)			
		Somalia (1)			
2020	29	Afghanistan (10)	männlich (28) weiblich (1)	0 bis 13 (0)	minderjährig (22) volljährig (7)
		Algerien (2)		14 bis 17 (22)	
		Côte d'Ivoire (1)		18 bis 20 (3)	
		Eritrea (2)		über 21 (4)	
		Gambia (3)			
		Guinea (3)			
		Kamerun (1)			
		Marokko (1)			
		Nigeria (1)			

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
2021	40	Senegal (1)	männlich (39) weiblich (1)		minderjährig (23) volljährig (17)
		Sierra Leone (1)			
		Sri Lanka (1)			
		Syrien (2)			
		Afghanistan (18)		0 bis 13 (0)	
		Algerien (3)		14 bis 17 (23)	
		Gambia (2)		18 bis 20 (5)	
		Guinea (2)		über 21 (12)	
		Libyen (1)			
		Marokko (2)			
		Nigeria (1)			
		Pakistan (2)			
		Senegal (1)			
		Sierra Leone (1)			
		Somalia (2)			
		Syrien (3)			
		Tunesien (2)			
2022	103	Afghanistan (65)	männlich (103) weiblich (0)	0 bis 13 (1)	minderjährig (64) volljährig (39)
		Algerien (2)		14 bis 17 (63)	
		Belarus (1)		18 bis 20 (7)	
		Gambia (5)		über 21 (32)	
		Guinea (4)			
		Kamerun (2)			
		Marokko (5)			
		Pakistan (1)			
		Senegal (1)			

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
2023	112	Somalia (4)	männlich (111) weiblich (1)		minderjährig (61) volljährig (51)
		Syrien (12)			
		Tunesien (1)			
		Afghanistan (71)		0 bis 13 (0)	
		Algerien (2)		14 bis 17 (61)	
		Benin (1)		18 bis 20 (7)	
		Kongo (1)		über 21 (44)	
		Côte d'Ivoire (2)			
		Gambia (2)			
		Guinea (11)			
		Kamerun (2)			
		Libyen (1)			
		Mali (1)			
		Sierra Leone (6)			
		Somalia (3)			
		Syrien (6)			
		Türkei (2)			
		Zentralafrikanische Republik (1)			
2024	183	Afghanistan (39)	männlich (178) weiblich (5)	0 bis 13 (1)	minderjährig (80) volljährig (103)
		Algerien (5)		14 bis 17 (78)	
		Äthiopien (1)		18 bis 20 (42)	
		Benin (1)		über 21 (61)	
		Côte d'Ivoire (11)		nicht verwertbar* (1)	
		Gambia (10)			

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
		Guinea (59)			
		Kamerun (8)			
		Libanon (1)			
		Mali (9)			
		Marokko (3)			
		Niger (1)			
		Pakistan (1)			
		Senegal (2)			
		Sierra Leone (2)			
		Somalia (10)			
		Sudan (1)			
		Syrien (11)			
		Tunesien (5)			
		Türkei (3)			
		Afghanistan (30)	männlich (100) weiblich (5)	0 bis 13 (3)	minderjährig (53) volljährig (52)
		Albanien (1)		14 bis 17 (49)	
		Algerien (2)		18 bis 20 (25)	
		Angola (2)		über 21 (27)	
		Äthiopien (1)		nicht verwertbar*(1)	
		Burkina Faso (2)			
		Côte d'Ivoire (3)			
		Gambia (4)			
		Guinea (25)			
		Guinea-Bissau (1)			
		Indien (2)			
2025	105				

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
		Irak (1)			
		Iran (2)			
		Kamerun (3)			
		Libanon (1)			
		Mali (1)			
		Marokko (5)			
		Pakistan (1)			
		Senegal (1)			
		Somalia (7)			
		Syrien (6)			
		Tunesien (3)			
		Unbekannt (1)			
2026 (Stand: 31.8. 2026)	39	Afghanistan (5)	männlich (35) weiblich (4)	0 bis 13 (0)	minderjährig (23) volljährig (16)
		Algerien (2)		14 bis 17 (21)	
		Gambia (2)		18 bis 20 (9)	
		Guinea (3)		über 21 (7)	
		Indien (1)		nicht verwertbar* (2)	
		Libyen (2)			
		Mali (1)			
		Marokko (4)			
		Niger (1)			
		Nigeria (1)			
		Pakistan (1)			
		Somalia (10)			
		Syrien (1)			

Tabelle 1: Aufschlüsselung der Verfahren zur medizinischen Altersfeststellung

Jahr	Anzahl Untersuchungen	Herkunftsland	Geschlecht	Medizinisch festgestelltes Alter	Ergebnis
		Tunesien (2)			
		Türkei (3)			

* Auswertung MRT/CT-Aufnahme für abschließendes Altersgutachten nicht möglich

2. *Betreffend Kapitel 0918, Titel 547 79 sowie beziehend auf Frage 1 – wie viele (ehemalige) UMA welcher Nationalitäten, die inzwischen der Minderjährigkeit entwachsen sind, waren am 31. Dezember 2025 in Baden-Württemberg a) unter welcher Art Aufenthaltstitel noch ansässig, respektive b) haben bis dato die deutsche Staatsangehörigkeit erworben?*

Dem Ministerium der Justiz und für Migration liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

3. *Welche Rolle hat seit dem 1. Januar 2015 bis heute im Rahmen des „UMA-Geschehens“ der Familiennachzug gespielt (mit der Bitte um tabellarische Darstellung zum Charakter eines möglichen, durch Anwesenheit von UMA oder volljährig gewordenen ehemaligen UMA ausgelösten „Nachzugs-Geschehens“ hinsichtlich: a) Kalenderjahr; b) Nationalität; c) Art des „nachziehenden Familienteils“ [Eltern, Geschwister, Kinder, Ehepartner, Bräutigam/Braut, gegebenenfalls andere])?*

Für die Erteilung von Visa zum Familiennachzug sind die jeweiligen Auslandsvertretungen zuständig, die dem Auswärtigen Amt unterstehen. Dem Ministerium der Justiz und für Migration liegen daher keine Erkenntnisse über den Familiennachzug zu UMA oder zu ehemaligen UMA vor.

4. *Betreffend Kapitel 0918, Titel 547 79 sowie beziehend auf Frage 1 – welche Einrichtungen der Jugendhilfe (Wohlfahrtsträger, Heime, psychologische/psychosoziale Dienstleistungen, gegebenenfalls andere) haben seit dem 1. Januar 2015 bis heute durch Vermittlung des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) oder gegebenenfalls anderer zuständiger (Verteilungs-/Zuweisungs-)Stellen sich erfolgreich um die Betreuung von UMA beworben/UMA zur Betreuung zugewiesen bekommen (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Landkreis/Stadtkreis; c) Name der Einrichtung; d) Anzahl der jährlich in der erfragten Einrichtung betreuten UMA-Personen)?*

Das Land verteilt UMA entweder landesintern oder bundesweit. Die landesinterne Verteilung erfolgt durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS)/Landesjugendamt auf Basis der Bestandszahlen der einzelnen baden-württembergischen Jugendämter in der jeweiligen Woche. Dementsprechend erfolgt weder eine Vermittlung durch das KVJS/Landesjugendamt noch eine Bewerbung einzelner freier Träger auf junge Menschen.

In den folgenden Tabellen erfolgt eine Übersicht über die landesinternen Verteilungen. In den Jahren 2019 (insgesamt 209) und 2020 (insgesamt 150) wurde nur bundesweit verteilt, daher werden diese Jahre nicht in der Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 2:
Landesinterne Verteilungen von UMA von 2015 bis 2021 (ohne 2019 und 2020)

Jugendamt/Jahr	2015	2016	2017	2018	2021
Alb-Donau-Kreis	78	94	-	-	21
Baden-Baden	19	20	3	2	-
Biberach	44	84	23	-	8
Böblingen	88	50	-	-	-
Bodenseekreis	57	89	9	-	-
Breisgau-Hochschwarzwald	82	105	1	-	-
Calw	41	75	4	-	-
Emmendingen	62	32	2	2	1
Enzkreis	45	39	-	-	-
Esslingen	79	199	2	-	-
Freiburg im Breisgau	-	-	-	-	-
Freudenstadt	39	35	2	-	-
Göppingen	56	82	2	-	3
Heidelberg	-	4	-	-	-
Heidenheim	31	63	12	-	12
Heilbronn	55	64	26	-	2
Heilbronn (Stadt)	21	12	-	-	-
Hohenlohekreis	9	45	2	-	-
Karlsruhe	112	128	4	-	-
Karlsruhe (Stadt)	-	-	-	-	-
Konstanz	15	26	-	-	-
Konstanz (Stadt)	14	-	-	-	-
Lörrach	-	-	-	-	13
Ludwigsburg	104	192	2	-	-
Main-Tauber-Kreis	14	46	-	-	8

Tabelle 2:
Landesinterne Verteilungen von UMA von 2015 bis 2021 (ohne 2019 und 2020)

Neckar-Odenwald-Kreis	-	33	11	2	8
Ortenaukreis	13	55	-	-	-
Ostalbkreis	1	75	27	-	-
Pforzheim	-	-	-	-	-
Rastatt	55	78	3	-	10
Ravensburg	71	101	26	3	20
Rems-Murr-Kreis	93	86	16	2	-
Reutlingen	57	63	26	-	3
Rhein-Neckar-Kreis	55	98	-	-	-
Rottweil	33	57	1	-	7
Schwäbisch Hall	53	68	-	-	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	-	15	-	-	8
Sigmaringen	-	91	5	-	-
Tübingen	7	12	-	-	-
Tuttlingen	5	58	4	-	10
Ulm	-	30	1	-	-
Villingen-Schwenningen, Stadt	-	10	-	-	-
Waldshut	26	73	1	2	4
Zollernalbkreis	-	109	16	-	5
Bundesweite Verteilung	-	745	964	444	75
Gesamtergebnis	1.534	3.341	1.195	457	218

Tabelle 3: Landesinterne Verteilungen von UMA von 2022 bis 2026

Jugendamt/Jahr	2022	2023	2024	2025	2026 (Stand: 1.9.2026)
Alb-Donau-Kreis	25	41	16	10	1
Baden-Baden	8	3	1	-	-
Biberach	33	42	16	22	11
Böblingen	-	26	4	3	1
Bodenseekreis	14	35	-	16	13
Breisgau-Hochschwarzwald	31	54	6	-	-
Calw	18	35	12	4	1
Emmendingen	27	37	3	2	3
Enzkreis	18	19	3	1	1
Esslingen	6	20	10	7	7
Freiburg im Breisgau	-	-	-	1	-
Freudenstadt	5	-	8	19	1
Göppingen	30	38	4	16	5
Heidelberg	-	-	-	-	-
Heidenheim	19	15	2	1	1
Heilbronn	38	5	4	10	-
Heilbronn (Stadt)	-	-	-	8	1
Hohenlohekreis	6	7	1	4	2
Karlsruhe	31	87	31	2	-
Karlsruhe (Stadt)	-	-	-	2	-
Konstanz	-	2	2	3	1
Konstanz (Stadt)	-	3	-	1	8
Lörrach	1	1	-	9	-
Ludwigsburg	50	80	3	1	7
Main-Tauber-Kreis	25	23	3	1	2

Tabelle 3: Landesinterne Verteilungen von UMA von 2022 bis 2026

Neckar-Odenwald-Kreis	16	23	11	20	8
Ortenaukreis	3	6	3	-	1
Ostalbkreis	5	-	7	-	-
Pforzheim	-	-	1	-	-
Rastatt	41	39	11	23	11
Ravensburg	31	33	4	9	-
Rems-Murr-Kreis	20	55	-	8	-
Reutlingen	23	15	1	4	5
Rhein-Neckar-Kreis	46	75	16	35	9
Rottweil	28	27	1	2	1
Schwäbisch Hall	34	23	1	1	-
Schwarzwald-Baar-Kreis	14	25	1	-	-
Sigmaringen	-	15	2	-	-
Tübingen	17	31	-	2	1
Tuttlingen	7	5	-	-	1
Ulm	-	5	-	5	-
Villingen-Schwenningen	4	5	-	-	-
Waldshut	15	19	-	1	-
Zollernalbkreis	24	47	3	8	-
Bundesweite Verteilung	3	858	1.024	215	42
Gesamtergebnis	716	1.879	1.215	476	145

5. Bezugnehmend auf Kapitel 918, Titel 547 79 respektive 633 79 „Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände“ – wie haben sich seit dem 1. Januar 2015 bis heute die jährlichen Vollkosten für die Betreuung von UMA-Personen in den einzelnen Land-/Stadtkreisen entwickelt (mit der Bitte um tabellarische Darstellung nach: a) Kalenderjahr; b) Stadtkreis/Landkreis; c) Anzahl der jeweils im Stadtkreis/Landkreis betreuten UMA-Personen je Jahr; d) jährliche Gesamtkosten je Land-/Stadtkreis; e) durchschnittliche Betreuungs-Vollkosten je UMA/Jahr in den jeweiligen Stadtkreisen/Landkreisen; f) letztendlicher Kostenträger der Betreuungsmaßnahmen [bei möglicherweise geteilter Trägerschaft, zu welchen Anteilen])?

Das Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit hat den Städtetag Baden-Württemberg sowie den Landkreistag Baden-Württemberg um eine Stellungnahme zur Beantwortung der Ziffer 5 gebeten. Im Rahmen der zur Beantwortung zur Verfügung stehenden Frist konnten nicht alle der 45 Jugendämter eine Rückmeldung auf die Frage geben. Die eingegangenen Rückmeldungen sind Tabelle 4 dargestellt.

Die Werte für 2026 beziehen sich auf den Stand 30. Juni 2026. Der Begriff „keine Angabe“ bedeutet entweder, dass keine Rückmeldung erfolgt ist oder keine Rückmeldung des Jugendamtes möglich war.

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Alb-Donau-Kreis	2015	82	368.344,88 Euro
	2016	136	4.629.373,40 Euro
	2017	135	5.556.648,46 Euro
	2018	73	3.316.102,61 Euro
	2019	13	1.401.352,71 Euro
	2020	3	742.904,95 Euro
	2021	18	1.155.424,27 Euro
	2022	52	2.317.669,99 Euro
	2023	87	4.684.544,38 Euro
	2024	88	6.792.122,56 Euro
	2025	79	6.742.423,81 Euro
	2026	74	3.384.826,42 Euro
Biberach	2015	27	490.552,00 Euro
	2016	116	2.802.014,00 Euro
	2017	122	3.873.545,00 Euro
	2018	74	3.028.975,00 Euro
	2019	46	1.544.411,00 Euro
	2020	23	838.219,00 Euro
	2021	20	374.713,00 Euro
	2022	44	940.263,00 Euro
	2023	63	2.556.904,00 Euro
	2024	79	3.954.600,00 Euro
	2025	67	3.574.780,00 Euro
	2026	52	1.301.107,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Böblingen	2015	keine Angabe	keine Angabe
	2016	282	keine Angabe
	2017	262	keine Angabe
	2018	214	keine Angabe
	2019	144	keine Angabe
	2020	87	keine Angabe
	2021	54	keine Angabe
	2022	122	keine Angabe
	2023	143	keine Angabe
	2024	160	keine Angabe
	2025	159	keine Angabe
	2026	143	keine Angabe
Bodenseekreis	2015	keine Angabe	Keine Angabe
	2016	182	6.930.000,00 Euro
	2017	160	5.990.000,00 Euro
	2018	142	4.070.000,00 Euro
	2019	91	2.570.000,00 Euro
	2020	55	1.110.000,00 Euro
	2021	36	690.000,00 Euro
	2022	77	1.300.000,00 Euro
	2023	115	4.190.000,00 Euro
	2024	117	5.650.000,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2025	109	3.870.000,00 Euro
	2026	95	260.000,00 Euro
Calw	2015	71	keine Angabe
	2016	127	4.513.699,51 Euro
	2017	158	5.093.945,32 Euro
	2018	128	4.288.475,89 Euro
	2019	96	2.855.670,81 Euro
	2020	57	1.605.403,01 Euro
	2021	21	1.003.597,71 Euro
	2022	43	963.115,75 Euro
	2023	72	2.581.105,72 Euro
	2024	114	4.228.432,97 Euro
	2025	97	4.723.397,92 Euro
	2026	69	3.278.286,55 Euro
Emmendingen	2015	86	737.985,00 Euro
	2016	123	5.212.426,00 Euro
	2017	122	5.495.395,00 Euro
	2018	107	4.229.620,00 Euro
	2019	88	2.897.717,00 Euro
	2020	63	1.369.598,00 Euro
	2021	29	653.475,00 Euro
	2022	31	885.535,00 Euro
	2023	64	2.895.245,16 Euro
	2024	74	4.418.502,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2025	68	4.245.564,62 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Enzkreis	2015	keine Angabe	keine Angabe
	2016	151	3.135.701,66 Euro
	2017	144	3.000.003,41 Euro
	2018	125	2.093.841,38 Euro
	2019	72	1.214.431,62 Euro
	2020	48	650.098,65 Euro
	2021	23	245.009,10 Euro
	2022	40	885.187,32 Euro
	2023	87	3.196.383,43 Euro
	2024	92	4.123.084,23 Euro
	2025	82	3.688.324,74 Euro
	2026	82	keine Angabe
Esslingen	2015	240	3.593.000,00 Euro
	2016	357	15.704.000,00 Euro
	2017	328	17.109.000,00 Euro
	2018	293	14.073.000,00 Euro
	2019	219	10.411.000,00 Euro
	2020	113	6.572.000,00 Euro
	2021	77	4.598.000,00 Euro
	2022	160	4.743.000,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2023	221	8.297.000,00 Euro
	2024	235	13.261.000,00 Euro
	2025	200	15.665.000,00 Euro
	2026	174	5.753.000,00 Euro
Freiburg (Stadtkreis)	2015	549	7.153.100,00 Euro
	2016	826	13.844.320,00 Euro
	2017	555	14.135.540,00 Euro
	2018	276	8.375.700,00 Euro
	2019	142	6.112.040,00 Euro
	2020	104	4.244.470,00 Euro
	2021	174	3.778.076,00 Euro
	2022	603	4.293.610,00 Euro
	2023	979	9.710.720,00 Euro
	2024	451	11.452.400,00 Euro
	2025	272	11.657.240,00 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Freudenstadt	2015	49	keine Angabe
	2016	82	keine Angabe
	2017	98	keine Angabe
	2018	65	1.813.830,12 Euro
	2019	37	741.537,84 Euro
	2020	22	367.285,78 Euro
	2021	11	262.066,55 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2022	41	678.589,70 Euro
	2023	48	1.265.846,20 Euro
	2024	41	1.611.966,66 Euro
	2025	42	2.401.670,33 Euro
	2026	39	1.070.408,61 Euro
Göppingen	2015	75	545.088,00 Euro
	2016	214	4.993.093,00 Euro
	2017	159	5.874.195,00 Euro
	2018	136	4.101.401,00 Euro
	2019	109	3.619.850,00 Euro
	2020	58	1.502.568,00 Euro
	2021	30	727.414,00 Euro
	2022	69	1.399.468,00 Euro
	2023	133	4.724.192,00 Euro
	2024	132	5.568.961,00 Euro
	2025	129	5.186.728,00 Euro
	2026	95	2.079.490,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Heidelberg (Stadtkreis)	Die Stadt Heidelberg teilt auf Nachfrage mit, dass sie seit 2023 einmal jährlich einen Bericht zur Entwicklung der Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und des intervenierenden Kinderschutzes in Heidelberg (kurz: HEKS-Bericht) veröffentliche. Im Rahmen dieser Auswertung erhebe das Kinder- und Jugendamt Heidelberg unter anderem Daten zu in dessen Zuständigkeit fallende UMA. Dabei würden in der Regel nicht einzelne junge Menschen oder Familien gezählt, sondern Fälle. Ein Fall beziehe sich dabei stets auf eine Hilfe, die für eine entsprechende Person gewährt werde, oder eine Inobhutnahme, die sich auf ein Kind oder eine jugendliche Person beziehe. Entsprechend könnten sich mehrere Fälle auf denselben jungen Menschen beziehen (zum Beispiel bei einer gleichzeitigen Gewährung eines Erziehungsbeistands nach § 30 SGB VIII und einer sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII). Im HEKS-Bericht 2025 würden Fallzahlen jeweils zu Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen und Inobhutnahmen erhoben, die sich wiederum jeweils miteinander überschneiden. Eine Auswertung nach Personenanzahl sei im Hinblick auf die kurzfristige Anfrage daher nicht möglich. Darüber hinaus erhebe die Stadt Heidelberg zwar Daten über die Kosten der für UMA gewährten Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen sowie Inobhutnahmen. Diese Informationen stünden im Rahmen der HEKS-Berichte aus den Jahren 2023 bis 2025 bei Bedarf auf der Homepage der Stadt Heidelberg zum Abruf bereit.		
Heidenheim	2015	25	286.502,54 Euro
	2016	93	3.512.983,17 Euro
	2017	89	3.599.771,44 Euro
	2018	86	2.770.829,87 Euro
	2019	78	1.856.697,18 Euro
	2020	48	752.512,26 Euro
	2021	59	293.826,46 Euro
	2022	41	633.296,71 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2023	66	1.356.732,19 Euro
	2024	73	214.541,84 Euro
	2025	61	2.368.604,34 Euro
	2026	39	1.161.523,02 Euro
Heilbronn (Landkreis)	2015	29	1.411.652,91 Euro
	2016	164	9.100.944,29 Euro
	2017	193	9.255.038,84 Euro
	2018	169	6.962.364,24 Euro
	2019	132	3.976.807,07 Euro
	2020	69	2.052.740,08 Euro
	2021	24	1.023.067,12 Euro
	2022	31	1.224.730,78 Euro
	2023	77	4.077.460,00 Euro
	2024	64	4.133.330,87 Euro
	2025	53	2.421.037,86 Euro
	2026	41	1.035.282,03 Euro
Hohenlohekreis	2015	32	583.350,99 Euro
	2016	79	2.547.232,13 Euro
	2017	62	2.783.106,77 Euro
	2018	56	1.936.830,74 Euro
	2019	42	993.232,27 Euro
	2020	22	612.878,62 Euro
	2021	16	520.029,86 Euro
	2022	19	605.497,80 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2023	31	1.238.436,27 Euro
	2024	30	1.718.801,27 Euro
	2025	27	1.568.936,33 Euro
	2026	30	605.375,20 Euro
Karlsruhe	2015	145	keine Angabe
	2016	322	keine Angabe
	2017	330	keine Angabe
	2018	330	11.157.290,00 Euro
	2019	280	7.617.373,00 Euro
	2020	160	3.477.958,00 Euro
	2021	44	1.721.499,00 Euro
	2022	112	1.891.765,00 Euro
	2023	230	7.819.021,00 Euro
	2024	251	14.191.463,00 Euro
	2025	237	14.091.645,00 Euro
	2026	219	8.132.128,00 Euro
Karlsruhe (Stadtkreis)	2015	1.135	keine Angabe
	2016	965	8.891.251,00 Euro
	2017	670	8.489.183,00 Euro
	2018	741	7.432.367,00 Euro
	2019	469	6.399.161,00 Euro
	2020	384	5.849.927,00 Euro
	2021	423	4.624.797,00 Euro
	2022	767	4.697.612,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2023	1.450	6.058.473,00 Euro
	2024	945	6.709.137,00 Euro
	2025	641	3.342.226,00 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Konstanz	2015	keine Angabe	keine Angabe
	2016	keine Angabe	keine Angabe
	2017	keine Angabe	keine Angabe
	2018	212	3.581.510,12 Euro
	2019	143	1.913.700,34 Euro
	2020	85	985.142,91 Euro
	2021	61	1.150.955,79 Euro
	2022	215	1.878.270,52 Euro
	2023	297	3.303.854,53 Euro
	2024	294	4.946.876,79 Euro
	2025	174	3.419.156,34 Euro
	2026	95	1.300.723,04 Euro
Konstanz (Stadt)	2015	76	1.841.372,46 Euro
	2016	320	3.419.652,34 Euro
	2017	96	3.134.392,65 Euro
	2018	26	2.157.304,01 Euro
	2019	8	1.331.675,67 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2020	7	656.854,53 Euro
	2021	13	322.550,64 Euro
	2022	59	756.224,15 Euro
	2023	87	1.637.584,36 Euro
	2024	64	1.844.301,63 Euro
	2025	17	1.515.886,61 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Ludwigsburg	2015	127	1.564.389,71 Euro
	2016	440	13.212.817,84 Euro
	2017	387	13.277.974,30 Euro
	2018	355	12.433.768,23 Euro
	2019	285	7.392.201,35 Euro
	2020	172	3.853.775,00 Euro
	2021	115	778.176,51 Euro
	2022	127	1.871.057,02 Euro
	2023	252	5.415.222,16 Euro
	2024	277	10.973.408,34 Euro
	2025	299	11.347.205,55 Euro
	2026	242	5.827.349,92 Euro
Main-Tauber- Kreis	2015	84	333.038,63 Euro
	2016	92	3.682.416,89 Euro
	2017	86	3.765.214,80 Euro
	2018	67	2.659.571,64 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2019	40	1.298.396,30 Euro
	2020	12	463.920,60 Euro
	2021	12	301.627,45 Euro
	2022	31	927.789,02 Euro
	2023	54	2.291.000,33 Euro
	2024	55	1.843.512,57 Euro
	2025	54	2.568.115,06 Euro
	2026	43	828.519,88 Euro
Mannheim (Stadtkreis)	2015	keine Angabe	keine Angabe
	2016	635	13.540.000,00 Euro
	2017	454	12.370.000,00 Euro
	2018	303	11.170.000,00 Euro
	2019	210	6.700.000,00 Euro
	2020	176	5.510.000,00 Euro
	2021	223	4.850.000,00 Euro
	2022	446	6.010.000,00 Euro
	2023	449	9.130.000,00 Euro
	2024	323	13.550.000,00 Euro
	2025	263	13.120.000,00 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Neckar-Oden- wald-Kreis	2015	9	237.063,32 Euro
	2016	70	3.515.485,97 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2017	71	3.770.811,81 Euro
	2018	42	2.657.226,09 Euro
	2019	18	1.371.057,41 Euro
	2020	7	702.132,39 Euro
	2021	6	1.163.306,50 Euro
	2022	11	1.686.379,62 Euro
	2023	24	1.678.312,72 Euro
	2024	28	4.490.887,28 Euro
	2025	28	2.465.781,18 Euro
	2026	29	946.940,20 Euro
Ortenaukreis	2015	keine Angabe	8.296.231,13 Euro
	2016	945	21.835.626,55 Euro
	2017	212	21.980.678,06 Euro
	2018	386	9.714.678,06 Euro
	2019	215	4.986.771,68 Euro
	2020	174	259.437,39 Euro
	2021	232	1.456.130,04 Euro
	2022	568	2.700.460,59 Euro
	2023	830	7.895.194,80 Euro
	2024	769	11.321.501,78 Euro
	2025	516	10.447.194,39 Euro
	2026	keine Angabe	6.208.637,43 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Ostalbkreis	2015	388	825.782,25 Euro
	2016	471	5.832.939,61 Euro
	2017	201	5.735.668,81 Euro
	2018	169	4.304.981,65 Euro
	2019	130	3.169.226,64 Euro
	2020	34	1.814.441,94 Euro
	2021	80	745.994,07 Euro
	2022	274	1.226.012,24 Euro
	2023	288	3.216.593,11 Euro
	2024	184	4.020.538,22 Euro
	2025	129	4.194.929,32 Euro
	2026	83	1.311.133,87 Euro
Rastatt	2015	42	807.683,00 Euro
	2016	186	5.648.233,00 Euro
	2017	204	7.484.675,00 Euro
	2018	185	5.415.236,00 Euro
	2019	153	3.736.423,00 Euro
	2020	110	1.709.535,00 Euro
	2021	87	711.648,00 Euro
	2022	74	962.610,00 Euro
	2023	89	2.987.120,00 Euro
	2024	132	6.392.937,00 Euro
	2025	131	5.823.684,00 Euro
	2026	116	2.525.894,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Ravensburg	2015	141	327.491,26 Euro
	2016	246	4.900.592,39 Euro
	2017	218	5.365.509,99 Euro
	2018	170	3.409.864,70 Euro
	2019	95	1.941.992,02 Euro
	2020	67	1.042.760,49 Euro
	2021	55	580.443,87 Euro
	2022	96	1.443.080,40 Euro
	2023	167	3.735.152,14 Euro
	2024	172	6.375.439,75 Euro
	2025	142	6.128.754,22 Euro
	2026	138	2.832.399,72 Euro
Rems-Murr-Kreis	2015	202	Keine Angabe
	2016	295	10.317.207,97 Euro
	2017	266	10.961.839,23 Euro
	2018	214	8.786.522,60 Euro
	2019	150	6.089.110,54 Euro
	2020	89	2.683.653,82 Euro
	2021	63	1.828.836,78 Euro
	2022	89	2.054.526,19 Euro
	2023	176	5.073.456,96 Euro
	2024	182	90.212.727,99 Euro
	2025	174	10.213.818,31 Euro
	2026	159	5.149.621,50 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Reutlingen	2015	keine Angabe	keine Angabe
	2016	429	7.148.690,00 Euro
	2017	394	8.882.083,00 Euro
	2018	326	8.787.964,00 Euro
	2019	216	5.682.340,00 Euro
	2020	165	3.268.964,00 Euro
	2021	75	1.474.678,00 Euro
	2022	141	1.459.565,00 Euro
	2023	277	5.075.633,00 Euro
	2024	286	6.877.724,00 Euro
	2025	197	7.435.450,00 Euro
	2026	135	2.980.590,05 Euro
Rottweil	2015	60	keine Angabe
	2016	103	5.871.548,14 Euro
	2017	87	4.951.473,02 Euro
	2018	60	3.160.568,10 Euro
	2019	35	1.527.105,07 Euro
	2020	17	677.222,45 Euro
	2021	9	288.220,01 Euro
	2022	31	834.547,96 Euro
	2023	55	2.270.675,52 Euro
	2024	60	3.034.468,25 Euro
	2025	53	2.876.443,20 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Schwäbisch Hall	2026	46	1.139.365,38 Euro
	2015	keine Angabe	440.954,73 Euro
	2016	139	3.289.343,44 Euro
	2017	140	4.181.382,30 Euro
	2018	127	2.870.177,24 Euro
	2019	98	2.058.708,51 Euro
	2020	67	1.123.746,94 Euro
	2021	28	286.559,90 Euro
	2022	52	493.305,20 Euro
	2023	96	2.005.514,75 Euro
	2024	87	4.297.690,00 Euro
	2025	85	2.954.325,88 Euro
	2026	67	1.353.038,55 Euro
	2015	67	748.099,19 Euro
Schwarzwald- Baar-Kreis (2015 bis 2022 ohne Villingen- Schwenningen)	2016	124	4.280.843,19 Euro
	2017	116	1.942.824,39 Euro
	2018	97	848.157,62 Euro
	2019	71	839.274,84 Euro
	2020	36	614.175,43 Euro
	2021	17	537.803,17 Euro
	2022	36	939.292,01 Euro
	2023	121	3.129.087,87 Euro
	2024	143	5.237.945,95 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2025	131	5.450.509,18 Euro
	2026	121	28.130,80 Euro
Sigmaringen	2015	11	keine Angabe
	bis 2016	59	3.796.558,00 Euro
	2017	86	4.277.632,36 Euro
	2018	69	2.880.683,81 Euro
	2019	44	1.449.206,96 Euro
	2020	21	609.883,90 Euro
	2021	18	1.172.731,60 Euro
	2022	19	1.279.395,32 Euro
	2023	40	3.138.853,13 Euro
	2024	60	4.364.073,79 Euro
	2025	57	3.789.934,07 Euro
	2026	55	1.544.908,84 Euro
Stuttgart (Stadtkreis)	2015	1.260	20.105.619,00 Euro
	2016	856	22.838.418,00 Euro
	2017	724	18.751.800,00 Euro
	2018	525	15.500.600,00 Euro
	2019	410	11.356.400,00 Euro
	2020	314	8.726.807,00 Euro
	2021	322	9.502.185,00 Euro
	2022	607	14.585.574,00 Euro
	2023	773	20.424.035,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
	2024	591	16.441.184,00 Euro
	2025	421	12.709.228,00 Euro
	2026	keine Angabe	keine Angabe
Tübingen	2015	keine Angabe	1.005.401,00 Euro
	2016	keine Angabe	4.159.210,00 Euro
	2017	keine Angabe	4.486.322,00 Euro
	2018	keine Angabe	3.897.829,00 Euro
	2019	keine Angabe	2.816.925,00 Euro
	2020	keine Angabe	1.774.953,00 Euro
	2021	keine Angabe	1.833.594,00 Euro
	2022	keine Angabe	1.772.479,00 Euro
	2023	keine Angabe	4.826.322,00 Euro
	2024	keine Angabe	7.403.661,00 Euro
	2025	Keine Angabe	7.365.477,00 Euro
	2026	Keine Angabe	4.169.863,00 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Tuttlingen	2015	89	keine Angabe
	2016	145	keine Angabe
	2017	105	keine Angabe
	2018	91	3.009.691,35 Euro
	2019	74	2.235.134,40 Euro
	2020	50	1.551.365,16 Euro
	2021	36	1.192.755,27 Euro
	2022	47	1.662.181,11 Euro
	2023	66	2.862.457,31 Euro
	2024	53	3.452.248,88 Euro
	2025	56	3.489.403,83 Euro
	2026	43	1.324.309,63 Euro
Waldshut	2015	48	837.964,32 Euro
	2016	105	2.638.536,50 Euro
	2017	150	2.915.354,35 Euro
	2018	116	2.325.793,48 Euro
	2019	82	1.614.465,96 Euro
	2020	35	997.618,75 Euro
	2021	21	945.400,36 Euro
	2022	54	1.391.632,47 Euro
	2023	94	3.054.776,89 Euro
	2024	81	4.223.433,92 Euro
	2025	89	4.057.265,16 Euro
	2026	58	1.390.408,16 Euro

Tabelle 4: Rückmeldungen der Jugendämter zu Anzahl und Kosten UMA

Landkreis/ Stadt(-kreis)	Jahr	Anzahl betreute UMA	Aufwendungen in Euro
Zollernalbkreis	2015	363	keine Angabe
	2016	406	keine Angabe
	2017	158	keine Angabe
	2018	117	5.060.243,06 Euro
	2019	99	3.643.136,98 Euro
	2020	59	1.708.107,02 Euro
	2021	34	726.995,83 Euro
	2022	61	1.275.578,81 Euro
	2023	88	3.433.282,18 Euro
	2024	88	4.370.613,43 Euro
	2025	83	3.918.870,37 Euro
	2026	77	2.606.587,12 Euro

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 89d Absatz 1 SGB VIII die Kosten, die ein örtlicher Träger – baden-württembergische Jugendämter – für die Betreuung, Unterbringung und Begleitung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aufwendet, vom Land zu erstatten sind, soweit gemäß § 89f Absatz 1 SGB VIII die Aufgabenerfüllung den Vorgaben des SGB VIII entspricht.

6. Bezugnehmend auf Kapitel 918, Titelgruppe 79 – wie haben sich seit dem 1. Januar 2015 bis heute die jährlichen Gesamtkosten von Titelgruppe 79 (Kapitel 918) aus welchen Gründen entwickelt?

Die Gesamtkosten sind von den Einreisezahlen abhängig. In der Regel erfolgt die Abrechnung der Kosten nach zwei bis drei Jahren. Dementsprechend bedeuten höhere Ausgaben in einem Jahr, dass sich in den entsprechenden Vorjahren die Einreisen erhöht haben. Unabhängig davon haben sich auch die Kosten für Unterbringung und Personal stetig erhöht.

In der nachfolgenden Übersicht (Tabelle 5) wird die Entwicklung des Kapitels 0918 TG 79 bzw. Kapitel 0918 Titel 671 01 wiedergegeben:

Tabelle 5: Entwicklung Kap. 0918 TG 79 bzw. Kap. 0918 Tit. 671 01

Jahr	Haushaltsmittel
2026	355.411.300 (Soll)
2025	233.359.800 Euro
2024	182.385.400 Euro
2023	72.553.100 Euro
2022	47.816.000 Euro
2021	76.705.000 Euro
2020	136.006.700 Euro
2019	199.700.600 Euro
2018	333.732.100 Euro
2017	167.326.900 Euro
2016 (Kap. 0918 Tit. 671 01)	87.057.000 Euro (Soll)
2015 (Kap. 0918 Tit. 671 01)	76.791.400 Euro

7. Bezugnehmend auf Frage 6 – wie erklären sich im Einzelnen die von 46 150,2 Tausend Euro (2022) auf 355 282,3 Tausend Euro (2025) sowie 354 057,3 Tausend Euro (2026) gestiegenen Gesamtkosten im Titel 633 79, respektive wie erklären sich die von 134 660,9 Tausend Euro (2024) auf 356 686,3 Tausend Euro (2025) sowie 355 411,3 Tausend Euro (2026) gestiegenen Gesamtkosten der Titelgruppe 79, in welcher Titel 633 79 den wichtigsten Ausgabenposten bildet?

Bei den Angaben zu den Jahren 2025 sowie 2026 handelt es sich um Ausgabenansätze, die anhand von Einreisebewegungen, Bestandszahlen, Abrechnungstätigkeiten und Daten zu den Ausgaben im Rahmen der Aufstellung des Staatshaushaltsplans ermittelt werden. Tatsächlich wurden im Jahr 2025 insgesamt rund 233 Millionen Euro verausgabt. Das vergleichsweise niedrige Ist-Ergebnis im Jahr 2022 ist die Folge davon, dass im Jahr 2019 und 2020 nur bundesweite Verteilungen durchgeführt wurden.

Da sich im Jahr 2023 und 2024 die Einreisezahlen von UMA erhöht haben und die Jugendämter somit mehr vorläufige Inobhutnahmen durchzuführen hatten, musste bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2025/2026 im Jahr 2024 von einer deutlichen Erhöhung der Kosten ausgegangen werden.

Des Weiteren wird auf die Antwort zu Ziffer 6 verwiesen.

Hildenbrand
Minister für Soziales,
Arbeit und Gesundheit